

**Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD****Umgehend Maßnahmen zum Schutz vor BSE ergreifen**

Der Fall des an BSE erkrankten Rindes aus Schleswig-Holstein muss der Anlass für die Einleitung weitreichender Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher vor BSE-verseuchtem Rindfleisch sein. Die Möglichkeiten einer Übertragung des BSE-Erregers auf Menschen und Tiere müssen weitgehend minimiert werden. Präventive als auch repressive Regelungen müssen Hand in Hand gehen. Daher sind umgehend Maßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen, als auch Regelungen auf europäischer Ebene anzustreben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich über den Bundesrat auf europäischer Ebene für die Verlängerung des Tiermehlverfütterungsverbotens entsprechend dem Beschluss der EU-Agrarminister vom 4. Dezember 2000 über die bisherigen sechs Monate hinaus einzusetzen,
2. sich auf Bundesebene für die Entwicklung von Testverfahren auf BSE-Erreger auch an lebenden Tieren einzusetzen,
3. sich auf Bundes- und EU-Ebene für Tests an allen geschlachteten Rindern in einem Alter, ab dem eine wissenschaftliche Aussage über das Vorhandensein von BSE möglich ist, einzusetzen,
4. sich in Brüssel für eine sofortige europaweite obligatorische Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischprodukten in Bezug auf Geburts-, Mast-, Schlacht- und Zerlegungsort des Rindes einzusetzen,
5. die Einhaltung der bereits geltenden Vorschriften zum Schutz vor BSE bei der Bremer Futtermittelindustrie zu überprüfen und dauerhaft sicherzustellen,
6. zu gewährleisten, dass ab sofort bei der Lieferung von Futtermitteln eine offene Deklaration der verarbeiteten Einzelkomponenten schriftlich beigefügt wird,
7. sich für eine verstärkte Erforschung der Ursachen des bislang nicht auszuschließenden Zusammenhanges zwischen BSE-Erregern und der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit sowie Behandlungsmöglichkeiten einzusetzen.

Karin Tuczec, Imhoff, Eckhoff und Fraktion der CDU

Waltraud Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD